

Jahresbericht 2014

Bundesarbeitsgemeinschaft:

Arbeit Soziales Gesundheit (ASG)

Sprecherinnen und Sprecher:

<p>Bärbl Mielich Rathausgasse 6 79292 Pfaffenweiler ☎: 07664-60419 ☎: 07664-600317 ☎: 0170-7347807 mobil ✉: mielich.b.@googlemail.com</p>	<p>Harald Wölter Dahlweg 64 48153 Münster ☎: 0251-778225 ☎: 0163-884 2878 mobil ☎: 0211/884-2878 (d) ✉: harald.woelter@t-online.de ✉: harald.woelter@landtag.nrw.de</p>	<p>Ute Michel Ricklinger Stadtweg 46 30459 Hannover ☎: 0511-60012281 ☎: 0151-65425256 mobil ✉: ute.michel@yahoo.com ✉: u.michel@gruene-hameln-pyrmont.de</p>	<p>Willi Kulke Niederbrodhagen 26 33613 Bielefeld ☎: 0521-130979 ☎: 0151-40635061 mobil ✉: wkulke@web.de</p>
--	--	---	---

Übersicht: Themen 2014

<p>Themenschwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Überblick über fachpolitische Prioritäten in der Legislaturperiode (Tagung 2014-1) ➤ Quartierskonzepte: Wandel bei der Gestaltung der Wohnquartiere in den Städten und im ländlichen Raum, ausgehend von veränderten Anforderungen in der Pflege- und Gesundheitsversorgung (Tagung 2014-1) (Tagung 2014-2) ➤ Rentenpolitik: zukunftsfähige Alternativen zum bestehenden Rentensystem (Tagung 2014-1) (Tagung 2014-2) (Tagung 2014-3) ➤ Zeitpolitik (Tagung 2014-2) (Tagung 2014-3) ➤ Pflegekammer – pro und contra (Tagung 2014-3) 	<p>Weitere Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Priorisierung in der medizinischen Versorgung (Tagung 2014-2) ➤ WHO-Rahmenübereinkommen zur Einschränkung des Tabakgebrauchs (Tagung 2014-2) ➤ Reform der Eingliederungshilfe und Bundesteilhabegesetz (Tagung 2014-3) ➤ Gesundheitsprävention als Teil einer sozialen Gesundheitspolitik (Tagung 2014-3) ➤ Gesundheitspolitik Flüchtlinge (Tagung 2014-3) ➤ Pflegestärkungsgesetz (Tagung 2014-3) ➤ Steuerpolitik (Tagung 2014-3)
--	---

BAG-Tagungen 2014

2014 haben wir insgesamt drei Tagungen durchgeführt:

BAG-Frühjahrs-Tagung 2014-1 vom 14.-16.03.14 in Berlin

BAG-Sommer-Tagung 2014-2 vom 04.-06.07.14 in Berlin

BAG-Herbst-Tagung 2014-3 vom 17.-19.10.14 in Berlin

Die Zeit vor der ersten Sitzung im März war geprägt durch die intensive Mitarbeit im Wahlprogramm-Prozess für die Europawahl, die bei der BDK im Februar 2014 in Dresden mit der Übernahme oder modifizierten Übernahme der allermeisten unserer 23 BAG-Änderungsanträge einen erfolgreichen Abschluss fand. Eines unserer Anliegen war es, dass Grüne Politik soziale Aspekte nicht vordringlich als Teil der Wirtschaftspolitik oder Konsequenzen der Finanzpolitik sieht, sondern Teilhabegerechtigkeit in der EU zum Ziel hat. Darüber hinaus haben die Themen Gesundheit und Pflege durch unsere Anträge einen eigenen Abschnitt im Wahlprogramm erhalten.

Die gute Zusammenarbeit mit der Antragskommission und das geänderte Verfahren zur Bearbeitung der Änderungsanträge im Vorfeld der Programm-BDK sind besonders positiv hervorzuheben.

1. Fachpolitik im Bundestag

Ein Schwerpunkt der Tagung waren die Vorstellung der fachpolitischen Prioritäten in unserem weitgefächerten BAG-Arbeitsbereich für die jetzige Legislaturperiode durch die zahlreich erschienenen MdBs und die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen Grüner Politik in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundestags. Dazu gehören die Bereiche Arbeitsmarkt inklusive Mindestlohn (Brigitte Pothmer), Gesundheitsförderung und Partizipation (Kordula Schulz-Asche), Finanzierung und Strukturierung verschiedener Bereiche des Gesundheitswesens (Maria Klein-Schmeink), Rentenpolitik (Markus Kurth), Sozialpolitik (Armut, Grundsicherung, Reform des SGB II - Wolfgang Strengmann-Kuhn), Gesundheit am Arbeitsplatz/Mobbing (Beate Müller-Gemmecke) und Pflegepolitik (Elisabeth Scharfenberg).

2. Quartierskonzepte

Der demografische Wandel, sich verändernde Familien- und Unterstützungsstrukturen, zunehmende Vereinzelung im Alter und der Wunsch der Menschen, auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf ein selbstbestimmtes Leben zu führen – all dies erfordert einen Wandel bei der Gestaltung der Wohnquartiere sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Hierzu brauchen wir zukunftsorientierte Angebote, die das Zusammenleben der Generationen und Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft in den Stadtteilen und Wohnquartieren fördern. Ziel ist es, Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf im Wohnquartier zu erreichen.

3. Rentenpolitik

Die Diskussion über die geplanten Änderungen im gegenwärtigen Rentensystem ergibt das sehr deutliche Meinungsbild, dass es nicht ausreichen wird, einzelne Stellschrauben im System zu drehen, um es nachhaltig auszurichten und aufrechtzuerhalten. Eine grundsätzliche Debatte zur Zielsetzung, Finanzierung und Struktur eines zukunftsfähigen Rentensystems ist notwendig.

Beschluss: Das SprecherInnen-Team wird beauftragt, die Einsetzung der Rentenkommission, die vom Bundesvorstand (BuVo) bei Verhandlungen während der BDK im Anfang 2013 in Berlin zugesagt worden war, jetzt einzufordern.

1. Quartierskonzepte

Vertiefte Diskussion zu einzelnen Aspekten: 1) Pflege-/Versorgungskonzepte; 2) Akteure und Steuerung; 3) Rechtliche Rahmenbedingungen und Förderungen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich in der Stadt und im ländlichen Raum teilweise unterschiedliche Rahmenbedingungen und Dynamik entwickeln.

Beschluss: Die BAG ASG wird ein Positionspapier zu Quartierskonzepten erarbeiten.

2. Zeitpolitik

Es wurde begrüßt, dass Zeitpolitik jetzt innerparteilich und in der BTF prioritär thematisiert wird, wenn auch mit dem Fokus auf ArbeitnehmerInnen eine gewisse Beschränkung besteht. Der gesellschaftspolitische Ansatz wird dennoch sozialpolitische Maßnahmen zur Unterfütterung erfordern.

Die BAG ASG hält es für sinnvoll, die Debatte in der Partei nicht im „Kleinen“ weiterzuführen.

ren. Vielmehr sollte sich die Debatte in der Partei auf den sozialen Ausgleich und konkrete Projekte zur praktischen Machbarkeit von veränderter Zeitpolitik zu konzentrieren, also z.B. Möglichkeiten und Grenzen von Lohnersatzleistungen, Kontingente, Arbeitszeitkonten, Transfers. Neben Partei- und BTF-Veranstaltungen wird es auch programmatische Debatten auf den BDKen geben, in die sich die BAG ASG einbringen will.

3. Priorisierung in der medizinischen Versorgung

Sabine Stumpf, (Universität Lübeck) stellte in ihrem Vortrag „Priorisierung in der medizinischen Versorgung“ ein sehr strittiges Thema vor. Die Debatte wurde innerhalb der BAG ASG kontrovers geführt. Der Bericht dazu ist im Protokoll der Sitzung ausführlich dokumentiert. Im Ergebnis wurde mit Mehrheit dafür gestimmt, keine Fortsetzung der Debatte zu planen.

4. WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs

Die BAG spricht sich dafür aus, dass die EU-Kommission die Empfehlungen des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs umsetzen soll. Insbesondere die Empfehlungen der Leitlinie zur Transparenz müsse strikt eingehalten werden, in denen es heißt: „Jegliche Interaktionen sollten möglichst öffentlich erfolgen, z.B. durch öffentliche Anhörungen, öffentliche Bekanntmachung der Interaktionen, Offenlegung von Unterlagen über solche Interaktionen.“ Bereits 170 Staaten haben das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs ratifiziert.

Die BAG ASG sieht es als wichtig an, dass Thema „Schutz vor Passivrauchen“ weiter zu bearbeiten und setzt sich dafür ein, dass die Rahmenvereinbarung umgesetzt wird.

5. Rentenpolitik

Basierend auf einem von Karl-Martin vorgelegten alternativen Modell für das Rentensystem in Deutschland werden Fragen der systemischen Zukunftsfähigkeit diskutiert. In der AG besteht Einigkeit darüber, dass ein nachhaltiges Rentensystem gleichzeitig Fragen der Finanzierung und verschiedener Gerechtigkeitsdiskurse beantworten muss. Dabei gibt es unterschiedliche Lösungsansätze: von einem grundlegenden Systemumbau hin zu einem Basisrentenmodell/einer Bürgerversicherung bis zu Stellschrauben im bestehenden Rentensystem. In der Diskussion werden vier verschiedene Finanzierungs- und Strukturmodelle umrissen sowie Fragen von Umsetzbarkeit und Akzeptanz angesprochen.

Beschluss: Das SprecherInnen-Team wird nach bisher ergebnislosen Verhandlungen mit dem BuVo beauftragt, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Einsetzung der Rentenkommision herbeizuführen.

BAG-Herbst-Tagung vom 17.-19.10.14 in Berlin

Tagung 2014-3

1. Reform der Eingliederungshilfe und Bundesteilhabegesetz

In der Diskussion wird deutlich, dass die Reform der Eingliederungshilfe für dringend notwendig erachtet wird, der Paradigmenwechsel vom Fürsorge- zum Gleichstellungsanspruch aber letztlich nur durch ein Bundesteilhabegesetz erreichbar ist. Zielsetzung ist es, die Leistungen für Menschen mit Behinderung aus verschiedenen Ansprüchen und Töpfen in einer Hand zusammenzuführen.

Beschluss: Das Grüne *Diskussionspapier der AG Eingliederungshilfe Bündnis 90/Die Grünen Reform der Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz* wird unterstützt.

Beschluss: Der Zusammenhang zwischen der Reform des bisherigen Leistungsrechts der Eingliederungshilfe und der finanziellen Entlastung der Kommunen durch den Bund muss aufrechterhalten werden. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz haben vorgeschlagen, über die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund die kommunale Ebene um 5 Milliarden Euro zu entlasten, ohne dass die Eingliederungshilfe reformiert wird. Dieser Vorschlag wird abgelehnt, da er weder nachhaltig noch zielführend ist. Vielmehr muss eine Kostenbeteiligung des Bundes auch an die Eingliederungshilfe und deren Weiterentwicklung gebunden sein. Ein differenziertes Bundesteilhabegeld bietet die Möglichkeit, sowohl die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken als auch die Länder und Kommunen finanziell zu entlasten.

2. GesundheitsPrävention als Teil einer sozialen Gesundheitspolitik

Der von Kordula Schulz-Asche vorgetragene Ansatz, Gesundheitsförderung und soziale Teilhabe in einem Zusammenhang zu betrachten, findet breite Zustimmung. In der Konsequenz muss ein Präventionsgesetz bei den ungleichen Rahmenbedingungen der individuellen Lebenswelten ansetzen:

- Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitszeit i.S. Gesundheitsförderung gestalten
- (Setting)-lebensweltlicher Ansatz
- Prävention auch als Teil der Quartierskonzepte
- Ärzteausbildung reformieren hin zu einem gesundheitserhaltenden Ansatz
- aussagekräftige Gesundheitsberichterstattung sowie regionale Gesundheitskonferenzen

Es soll versucht werden, diesen Ansatz auf kommunaler Ebene zu verankern, weil gerade vor Ort Verbesserungen umsetzbar sind.

3. Gesundheitspolitik Flüchtlinge

Grünes Ziel: Abschaffung des Asylbewerber-Leistungsgesetzes und Aufnahme in die GKV. Ein erster Schritt jenseits der Abschaffung ist die Umsetzung einer deutlich besseren und würdigeren Gesundheitsversorgung. In Bremen und Bremerhaven sowie in Hamburg wurde entsprechend die mit der Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen bereits eingeführt. Mit diesem sog. „Bremer Modell“ wurden dort bereits gute Erfahrungen gemacht. In einigen weiteren Kommunen gibt es Initiativen dahin, dieses Modell zu übernehmen. Aus Baden-Württemberg gibt es Signale, als erstes Flächenland dieses Konzept zu übernehmen. Die BAG wird sich intensiver mit diesem Thema beschäftigen ([Tagung 2015-1](#)).

4. Pflegekammer - pro und contra

In der Diskussion gibt es keinen einheitlichen Tenor im Ergebnis. Einig sind sich die TeilnehmerInnen darin, dass die Pflege als Berufsgruppe unbedingt gestärkt werden muss. Es werden andere Vorschläge diskutiert, wie z.B. eine Änderung des Heilberufegesetzes, das ermöglicht, dass die Pflege eine eigenständige Mitsprache bekommt. Bundespolitisch muss es möglich sein gesetzlich zu regeln, dass die Pflege als Berufsgruppe ordentliches Mitglied in G-BA wird und stimmberechtigt ist. Eine Möglichkeit wird daher darin gesehen, in einem ersten Schritt in den grün-mitregierten Ländern eine Initiative zu ergreifen, den sektorenübergreifenden Landesbeirat durch Pflegefachkräfte als ordentliche Mitglieder zu ergänzen.

5. Pflegestärkungsgesetz

Es gibt Einigkeit darüber, dass das Pflegestärkungsgesetz mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Pflege einen Schritt in die richtige Richtung macht. Der Vorsorgefonds wird deutlich abgelehnt. Stattdessen wird die Einführung des erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs gefordert. Die Kriterien sind alle bekannt und entschieden. Die Verzögerung hat rein fiskalische Gründe, denn Pflege würde deutlich teurer. Jetzt bleibt die Situation vor allem für

Menschen mit Demenz und ihre Angehörige völlig unzureichend.

Im Gesetz wurde auch die Förderung von Wohngruppen beschlossen. Die BAG ASG unterstützt diesen Ansatz nachdrücklich. Für uns sind Wohngruppen ein zentraler Bestandteil der Quartiersentwicklung. Wir favorisieren allerdings Wohngruppen, die entweder kommunal oder durch Bürgervereine getragen werden. Damit wird eine gute Voraussetzung für eine breite Akzeptanz in den Dörfern und Stadtquartieren geschaffen.

6. Arbeitszeitpolitik

Es werden Hinweise auf beachtenswerte Herangehensweisen in anderen Ländern gegeben. Lösungsansätze sollten sich an veränderten Erwerbsbiographien und gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren. Dabei wäre es wünschenswert, nicht nur Einzelmaßnahmen zu diskutieren, sondern dies im größeren Kontext von Entwürfen zu „Arbeit im 21. Jahrhundert“ zu tun. Die BAG ASG wird den bestehenden Prozess zur BDK begleiten und eigene Akzente setzen.

7. Steuerpolitik

Debatten zu Steuerpolitik und Verteilungsgerechtigkeit werden auch in anderen BAGen Wirtschaft und Finanzen (WiFi) zu verteilungsgerechter Steuerpolitik und Frauen zu eigenständiger Existenzsicherung, dort auch über das Sozialsystem geführt. Die BAG ASG wird die Steuerdiskussion weiterführen, wobei sich eine Zusammenarbeit mit der BAG WiFi anbieten würde. Außerdem werden in diesem Zusammenhang die Minijobs thematisiert. Auch hieran wird die BAG weiterarbeiten.

8. Rentenpolitik

Fragen der Strukturierung und Finanzierung eines zukünftigen Rentensystems werden diskutiert sowie mögliche Gegenargumente identifiziert, Schwerpunkt sind Ziele und Grundsätze/Eckpunkte eines Systems sowie die Frage gesellschaftlicher Akzeptanz.

Wegen der Einsetzung der Rentenkommission ist im Namen der BAG ASG ein Änderungsantrag zur Tagesordnung für die BDK gestellt worden. Dieser wurde kurz vor der BDK zurückgezogen, weil zwischenzeitlich der BuVo die Einsetzung der Kommission beschlossen hatte.

Struktur und Arbeitsweise der BAG

Bei der Herbsttagung im November 2013 wurde eine Umstrukturierung unserer Tagungen beschlossen, wodurch neben Plenarsitzungen auch die Arbeit in parallel tagenden Arbeitsgruppen ermöglicht wurde. Dies wurde bei den drei BAG-Tagungen 2014 umgesetzt. Es wurden hierfür jeweils 1-2 Blöcke pro Tagung eingebaut. In dieser Zeit teilten sich die Anwesenden in die AG Gesundheit/Pflege und die AG Arbeit/Soziales auf; Pflege als Querschnittsthema wurde dabei jedoch weiterhin weitestgehend im Plenum diskutiert.

Zur Unterstützung dieser Arbeit wurden im Laufe des Jahres zwei zusätzliche Mailinglisten eingerichtet, die der inhaltlichen Diskussion der Themenbereiche Gesundheit bzw. Arbeit/Soziales dienen. Daneben wird der Gesamtverteiler für generelle Informationen, Tagesordnungen, Protokolle etc. genutzt. Nach den üblichen Anlaufschwierigkeiten klappt die Unterscheidung in letzter Zeit besser.

Wahl der SprecherInnen:

Bei der turnusmäßigen Wahl der BAG-Sprecher*innen im Juli 2014 (Sitzung 2014-2) wurden Bärbl Mielich, Harald Wölter und Willi Kulke wiedergewählt, Ute Michel wurde neu als Sprecherin gewählt.

Zusammenarbeit des Bundesvorstandes mit der BAG:

Insbesondere zum Thema Zeitpolitik fand ein intensiver fachlicher Austausch mit dem BuVo statt. Darüber hinaus fand auch ein Austausch zu weiteren Initiativen aus dem Themenfeld Arbeit Soziales Gesundheit (ASG).

Planungen für das Jahr 2015:

In Planung sind wiederum 3 Tagungen:

BAG-Jahresauftakt-Tagung 2015-1 vom 06.-08.02.15 in Berlin

BAG-Sommer-Tagung 2015-2 vom 12.-14.06.15 in Berlin

BAG-Herbst-Tagung 2015-3 vom 02.-04.10.15 in Berlin

Angedachte bzw. geplante Themen für die BAG-Tagungen in 2015 sind u.a.

- Querschnittsthemen:
 - Quartierskonzepte (Verabschiedung eines Positionspapiers)
 - Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
 - Wohnatlas – Wohnen im Alter
 - Gesundheitsförderung und soziale Teilhabe – Aktionsrahmen kommunale Ebene

- im Bereich Gesundheit:
 - Gutachten des Sachverständigenrates Gesundheitswesen
 - Krankenhauspolitik / -finanzierung
 - Sektorübergreifende Planung

- im Bereich Soziales:
 - Rentenpolitik (Begleitung der Arbeit der Rentenkommission)
 - Sozialpolitische Entwicklungen auf EU-Ebene
 - Aspekte der Grundsicherung / Inhaltliche Vorbereitung einer Veranstaltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (2016)
 - Verteilungsgerechtigkeit: Steuerpolitik

- im Bereich Arbeit:
 - Sozialer Arbeitsmarkt
 - Zeitpolitik
 - Mindestlohn
 - Minijobs

- im Bereich Pflege:
 - Pflege im Quartier
 - Weiterentwicklung Pflegeversicherung und neuer Pflege(bedürftigkeits)begriff
 - Gemeinsame Pflegeausbildung